

SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/3

7. Januar 1976

Dank an einen Genossen

Zum 80. Geburtstag von Willi Eichler

Von Franklin Schultheiß
Direktor bei der Bundeszentrale für politische
Bildung

Seite 1 und 1a / 73 Zeilen

Die Front der Nichtraucher wird stärker

Bundesregierung führt ihre Kampagne entschlossen weiter

Von Fred Zander MdB
Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für
Jugend, Familie und Gesundheit

Seite 2 und 3 / 74 Zeilen

Erste Erfolge im Kampf für die Gleichberechtigung

Der Lernprozeß aus dem Jahr der Frau 1975 darf nicht
abgebrochen werden

Von Hannelore Fuchs
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Montag-Clubs
für politische und gesellschaftliche Kontakte

Seite 4 und 5 / 70 Zeilen

Verkrampfte Bilderstürmerei

Zum Wirbel der Union um einen Wandkalender

Seite 6 / 44 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Adenauer, die deutsche Frage und das Ost-West-
Verhältnis (III)

Seite 7 und 8 / 92 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckart

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 129 408
Presshaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 02 28 37-35
Telefax: 02 28 042-48 pphn 2

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölnner Straße 108-112, Telefon: 376811

Dank an einen Genossen

Zum 80. Geburtstag von Willi Eichler

Von Franklin Schultheis

Direktor bei der Bundeszentrale für politische Bildung

Willi Eichler, am 17. Oktober 1971 gestorben, wäre am 7. Januar 80 Jahre alt geworden.

Als Willi Eichler 1962 in der Zeitschrift "Geist und Tat" seinen Lehrer Leonard Nelson zu dessen 80. Geburtstag würdigte, zitierte er ihn so: "Schwieriger als den tiefsten Gedanken zu fassen ist es, Menschen zu finden, die mit ihm ernst machen!", um hinzuzufügen: "Es scheint mir eine Nelson gemäße Würdigung seines Werkes und seines Lebens zu sein, so wie er ständig nach Menschen zu suchen, die ernst machen wollen." Willi Eichler hat erfolgreich gesucht: als politischer Erzieher, als Journalist, als Bildungspolitiker und Politiker, als Freund und Genosse. Das wirkt weiter!

Dem Sohn eines kleinen Berliner Postbeamten war es verwehrt, eine seinen Fähigkeiten entsprechende Ausbildung zu genießen; als Kriegsteilnehmer von 1915 bis 1918 gehörte er jener Generation an, die "zerstört wurde, auch wenn sie den Granaten entkam" (Erich Maria Remarque).

Die Begegnung mit dem entschiedenen Kriegsgegner Nelson (1921), der von der Arbeiterbewegung die sittliche Kraft erwartete, eine neue, gerechte Ordnung aufzubauen und einen Bund der Völker zu schaffen, wurde für Eichlers Leben bestimmend. Als Sekretär Nelsons bis zu dessen Tod 1927 spielte er eine führende Rolle im Internationalen Jugendbund und später im Internationalen Sozialistischen Kampfbund (ISK). Als Chefredakteur der Tageszeitung des ISK "Der Funke" führte er einen unerbittlichen Kampf gegen den Nationalsozialismus. Die "Machtergreifung" zwang ihn in die Illegalität und in die Emigration nach Paris und London. In der "Union Deutscher Sozialistischer Organisationen in Großbritannien" hat er zusammen mit Hans Vogel, Erich Gllenhauer und Fritz Heine Programm und Politik der wiederentstehenden Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vorbereitet. Nach Kriegsende stand er im ersten Glied der neuen SPD: Als Chefredakteur der "Rheinischen Zeitung" mit ihrem Redakteur Heinz Kühn, als Mitglied des Vorstandes des Kölner Parteibezirks und des Bundesvorstandes der SPD, als Mitglied des Frankfurter Wirtschaftsrates, des Deutschen Bundestages, des Europarates und der Sozialdemokratischen Internationale, führend in vielen nationalen und internationalen kulturpolitischen Einrichtungen und vor allem

Mitbegründung und Vorstandsmitglied der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Die Erneuerung und der Aufstieg der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands nach 1945 ist ohne Willi Eichler nicht denkbar. Hartnäckig und geduldig hat er über die Alltagsorgen hinaus an einer Entdogmatisierung seiner Partei gearbeitet; als Vorsitzender der Programmkommission und als Verantwortlicher für die politische Bildungsarbeit im Vorstand der SPD hat er die Arbeit der gesamten Partei am Godesberger Programm angestoßen, befruchtet, organisiert und zusammengefaßt. Dafür hat ihm Erich Ollenhauer am Schluß des Godesberger Parteitages 1959 gedankt: "Die Tatsache ist nicht zu bestreiten, daß die deutsche Sozialdemokratie im Jahre 1959 nach den Wirren von Jahrzehnten und nach einer Entwicklung, umtost von Katastrophen und politischen Kämpfen, fähig war, für ihre Arbeit eine neue programmatische Grundlage zu finden. Das ist ein bleibender und dauernder Gewinn; es ist ein Ereignis - mindestens für die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie." In der Arbeit am Godesberger Programm konzentrierte sich die Vielfältigkeit des politischen, journalistischen und erzieherischen Wirkens Willi Eichlers: die Bildung und Ausbildung sozialdemokratischer Politiker, das Engagement in der Bildungspolitik, der Dialog mit den Kirchen.

Was die Sozialdemokratische Partei, was die deutsche Demokratie und was viele im öffentlichen Leben stehende Freunde Willi Eichlers ihm verdanken, hat er geschafft durch eine im politischen Leben selten gewordene menschliche Eigenschaft: Geduldig zuzuhören und ohne äußerlichen Ehrgeiz verständnisvoll zusammenzufassen und zusammenzubringen. Trockenem Humor und klare Einfachheit hat er immer rhetorisches Glanz und vordergründigen "Image" vorgezogen.

Willi Eichler würdigt man am besten, wenn man ihn selbst zitiert. In einem Nachruf für den Generalsekretär der Internationalen Transportarbeiterorganisation, Edo Firmen, hat er 1942 geschrieben: "Und er wird als ein Beispiel in die Geschichte der Arbeiterbewegung eingehen dafür, wie ein Gewerkschaftsführer auszusehen hat, der viel Macht hat, viel Einfluß, und der gleichzeitig ein empfängliches Herz, einen klaren Verstand und einen reinen Willen mit bringt - also ein Genosse ist."

Willi Eichler war ein Genosse.

(-/7.1.1976/bgy/e)

+ + +

(Die Bundeszentrale verfügt noch über einige Exemplare des Buches "Willi Eichler: Weltanschauung und Politik/Reden und Aufsätze", erschienen in der Europäischen Verlagsanstalt Frankfurt/Main)

Die Front der Nichtraucher wird stärker

Bundesregierung führt ihre Kampagne entschlossen weiter

Von Fred Zander MdB

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für
Jugend, Familie und Gesundheit

Eines der wesentlichsten Gesundheitsrisiken unserer Zeit ist das Rauchen. Fast die Hälfte der Bevölkerung raucht, und die Mehrzahl dieser Raucher läuft Gefahr, durch das Rauchen ernsthaft zu erkranken. Die Eindämmung der gesundheitlichen Gefährdung durch das Rauchen ist deshalb eine bedeutende gesellschaftspolitische Aufgabe. Dieser Aufgabe hat die Bundesregierung schon vor einigen Jahren ihre besondere Aufmerksamkeit zugewandt. Die Forderung, gegen das Rauchen politisch zu handeln, wie sie erst kürzlich im "Deutschen Ärzteblatt" von einem CDU-Politiker aufgestellt wurde, rennt bei der Bundesregierung offene Türen ein.

Die Bundesregierung hat das Rauchen als absolut gesundheitsschädlich dargestellt und als einzige gesundheitsgerechte Alternative das Nichtrauchen propagiert. Ihr ist es zuzuschreiben, daß nunmehr eine Gegenbewegung zum Rauchen beobachtbar ist, daß die Nichtraucher selbstbewußter auf Rücksichtnahme durch den Raucher bestehen. "Der neue Trend - no smoking please", Vorläufer der Aktion "Nimm Rücksicht - rauche nicht", und die Errichtung von aktiven Nichtraucher-Clubs sind eindeutige Ergebnisse der Aufklärungsarbeit der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung.

Diese Aktionen kennzeichnen die Strategie der Bundesregierung bei diesem wichtigen gesellschaftspolitischen Problem. Die Bundesregierung schafft Schutzbereiche auch durch Gesetze für die, die besonders dieses Schutzes bedürfen. So wird allgemein der Nichtraucherschutz, z. B. in der öffentlichen Verwaltung, laufend ausgebaut. Nichtrauchertaxis und die Erhöhung der Anzahl der Nichtraucherabteile in den öffentlichen Verkehrsmitteln sind weitere Beispiele dafür, daß die Maßnahmen der Bundesregierung bereits zu greifen beginnen.

Ganz besonderes Gewicht wird darauf gelegt, Kinder und Jugendliche vom Rauchen fernzuhalten, denn Rauchen ist eine absolut gesundheitsschädigende Gewohnheit, und je früher mit dieser Gewohnheit begonnen worden ist, desto mehr verfestigt sie sich, und desto schwerer ist sie aufzugeben. Der Gesichtspunkt der gesundheitsbewußten Erziehung hat die Maßnahmen der Bundesregierung in diesem Bereich stets geleitet. Unterrichtseinheiten zum Thema Rauchen liegen für die Klassenstufen 1 - 8 vor, und jeder Lehrer hat die Möglichkeit, sich über sie zu informieren und sie anzuwenden.

Das Thema Raucherzimmer in den Schulen, das in der Öffentlichkeit zunehmend kritisiert wird, wurde 1975 auf Vorschlag des Bundesministeriums für Familie, Jugend und Gesundheit bei der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung in ständigen Ausschuß der Gesundheitserziehungsreferenten der obersten Landesgesundheitsbehörden und Gesundheitserziehungsreferenten

der Kultusminister und Senatoren der Länder erneut diskutiert. Die dort anwesenden Vertreter der Länder-Ministerien konnten nach Einrichtung der Raucherzimmer weder eine Zu- noch eine Abnahme der rauchenden Schüler verzeichnen. Es bestand Einigkeit in diesem Sachverständigenrat, daß die Wiedereinführung eines generellen Rauchverbots in den Schulen kein adäquates Mittel zur Eindämmung des Rauchens ist.

Die Bundesregierung hat immer den Standpunkt vertreten, daß gesundheitsgerechtes Verhalten die freiwillige Entscheidung eines verantwortungsbewußten Bürgers werden muß. Staatliche Maßnahmen leisten zu dieser Entscheidung Hilfestellung. Die Mittel, die dabei angewendet werden, sind Information und Kommunikation, nur im Notfalle Verordnungen und Erlasse. Ein selbstbewußter Bürger will überzeugt werden. Verordnungen und Erlasse könnten auch als Alibi aufgefaßt werden für eine Regierung, die letztlich vor der mühsamen und langfristigen Erziehungsaufgabe resigniert hat und die ihr Gewissen damit beruhigt, wenigstens etwas durch Reglementierungen getan zu haben. Politisches Handeln bedeutet das Ausschöpfen der realen Möglichkeiten. Und es wäre unreal zu versuchen, gesetzliche Verbote so weit auszulegen, daß Rauchen als gesundheitliches Fehlverhalten verboten wird, denn das würde auch bedeuten, daß Sanktionen gegen den Raucher vorgesehen werden müßten. Es gibt Beispiele genug, die belegen, wohin Prohibition führen kann.

Die Bundesregierung hat in den beiden Antworten auf zwei kleine Anfragen der CDU/CSU-Fraktion unmißverständlich ihre Einstellung zum Thema Rauchen und Gesundheit vorgelegt und sie hat nachweisen können, daß sie bereits Erhebliches geleistet hat, um die Gefährdung durch Rauchen zu beseitigen. Sie hat auch erstmals Zahlen über die Folgeschäden des Rauchens geschätzt und mit dem Vorwurf aufgeräumt, daß mit Rücksicht auf die Einnahmen aus der Tabaksteuer die Maßnahmen gegen das Rauchen nur halbherzig durchgeführt würden. Im Gegenteil hat sie dargelegt, daß die Folgeschäden Mehrkosten bei der Kranken- und Rentenversicherung in einer Höhe verursachen, die mit großer Wahrscheinlichkeit die Einnahmen aus der Tabaksteuer übertreffen.

Die ersten Erfolge werden die Bundesregierung gewiß nicht dazu verleiten, in ihren Anstrengungen nachzulassen. (-/7.1.1976/wl/e/pr)

+ + +

Erste Erfolge im Kampf für die Gleichberechtigung

Der Lernprozeß aus dem Jahr der Frau 1975 darf nicht abgebrochen werden

Von Hannelore Fuchs

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Montag-Clubs für
politische und gesellschaftliche Kontakte (Bonn)

Das weltweite Internationale Jahr der Frau ist zuende. Was hat es politisch, bewußtseinsverändernd und damit gesellschaftspolitisch bewirkt - international und bei uns in der Bundesrepublik?

Man kann nicht sagen, daß es die Gemüter allzusehr bewegt hätte. Zwar gab es eine ganze Menge Leute, die wußten, daß es begangen wurde, aber die meisten wußten gar nicht, warum und weshalb. Es gab eine Vielzahl von Veranstaltungen bei uns und in anderen Ländern - wenn man jedoch zwei Wochen nach dem aufwendigen Riesentreffen von Mexiko jemanden nach den dortigen Ereignissen fragte, erhielt man die Rückfrage: "War das nicht mal eine Olympiade?" Und vom Ostblock-Gegenstück zu Mexiko, der Internationalen Frauenkonferenz in Ostberlin Ende November, wissen nur noch die Eingeweihten zu berichten.

Demnach sollte man sich hüten, zu sagen, daß dieses Jahr unnütz gewesen sei. Allein schon im Hinblick auf den unvergleichbar großen Nachholbedarf an Informationen über die reale Situation der Frauen war es zufriedenstellend. Daß Frauen in der Bundesrepublik z. B. für ihre Arbeit noch immer nicht den gleichen Lohn wie Männer für die gleiche Arbeit bekommen, weiß man heute an jedem Stammtisch. Daß Mädchen die gleichen Ausbildungschancen zustehen müssen wie Jungen, akzeptieren immer mehr Eltern. Daß Frauen ihren eigenen Wert haben und nicht den durch die Zugehörigkeit zu einem Mann zugestandenen, wird immer mehr Frauen klar.

An diesem Anfangserfolg hat den größten Anteil zunächst Alice Schwarzer, die in der ganzen Bundesrepublik mit der Diskussion ihres Buches "Der kleine Unterschied und seine großen Folgen" den harten Kampf gegen Ignoranz und patriarchalische Überreste-Verteidiger (männlichen und weiblichen Geschlechts) eingeleitet und damit ein zunächst vergeblich erscheinendes Unternehmen begonnen hat. Weiter waren die Medien beteiligt. Mit hin und wieder ausgestrahlten kleinen Lichtspielen schabten sie ein bißchen am althergebrachten Bild von Frau in Familie, Beruf, Mutterschaft. Prominente Medienmänner wie Werner Höfer und Peter Merseburger versuchten sich am Thema und hatten Mühe, über die Runden zu kommen, ohne allzu viele Federn lassen zu müssen. Aber es schien wie ein Aufatmen, als die ARD zum Jahresbeginn 1976 dann schnell "Der widerspenstigen Zähmung" brachte.

Daß es mit dieser Zähmung nun allmählich nichts mehr wird, muß man allerdings in erster Linie dem Deutschen Bundestag und seiner sozial-liberalen Mehrheit zuschreiben. Nach jahrelangen Diskussionen wurde ein

neues Eherecht verabschiedet, in dem der ehemals hart bekämpfte § 1356 nun eine menschenwürdige Fassung hat: "Die Ehegatten regeln die Haushaltsführung in gegenseitigem Einvernehmen." Und der § 1360: "Die Ehegatten sind einander verpflichtet, durch ihre Arbeit und mit ihrem Vermögen die Familie angemessen zu unterhalten." Es ist also endlich Schluß mit der anmaßenden Regelung, daß eine Frau "einem Beruf nachgehen darf, solange sie ihre Familie nicht vernachlässigt", dem der alte § 1360 gegenüberstand, daß sie aber gefälligst "zum Einkommen der Familie beitragen muß, wenn der Lohn des Ehegatten nicht ausreicht".

Daneben haben die Koalitionsfraktionen nach dem Beitrag des Bundesverfassungsgerichts zum Jahr der Frau, nämlich der Verwerfung der Fristenregelung bei der Reform des § 218 StGB als nicht verfassungskonform (wobei man nie vergessen sollte, daß es eine Entscheidung fünf zu drei war - nicht etwa eine einstimmige!), schnellstens reagiert. Noch im vergangenen Jahr konnte eine neue Fassung des § 218 in erster Lesung das Parlament passieren, die zwar viele Wünsche offen lassen muß, weil ja nicht noch einmal der Einspruch der Männer in Karlsruhe provoziert werden darf, mit der man aber vorläufig doch erst mal besser leben kann, als mit der bisherigen und allen übrigen vorgeschlagenen Regelungen.

Schließlich sollte man bei der Bilanz des Jahres der Frau nicht unerwähnt lassen, daß zum ersten Mal eine Partei das Problem der Gleichstellung der Frauen in ihr Programm aufgenommen hat. Im Orientierungsrahmen '85, den die SPD in Mannheim im Internationalen Jahr der Frau verabschiedet hat, ist dies ein gleichrangiger Schwerpunkt neben allen anderen Forderungen zur Erreichung des demokratischen Sozialismus.

Im Gegensatz zu den Denkmalschützern, die für das Jahr des Denkmalschutzes 1975 verantwortlich waren, hat es bei den Frauen, die das Jahr der Frau 1975 zu tragen hatten, zu keinem Moment Euphorie gegeben. Nur die Erkenntnis ist gewachsen, daß durch immer neue Aktivitäten und nicht nachlassende Diskussion dafür gesorgt werden muß, gleiche Rechte und Pflichten für Männer und Frauen Selbstverständlichkeit werden zu lassen.

(~/7.1.1975/wl/s/pr)

+ + +

Verkrampfte Bilderstürmerei

Zum Wirbel der Union um einen Wandkalender

Auch auf unserer Seite ist in Sachen innerdeutsche Beziehungen noch so manches zu entkrampfen. Das zeigt sich gegenwärtig an einer signifikant benannten Affäre. Man wolle offenbar "so etwas wie bundesdeutsches Wahlverhalten nach drüben signalisieren", empörte sich bundesweit die CDU anlässlich des Erscheinens des vom Gesamtdeutschen Institut herausgegebenen Wandkalenders "Blick in die DDR". Das rheinland-pfälzische CDU-Kultusministerium zog jetzt darauf hochoffizielle Konsequenzen. Der Kalender kommt nicht in die Schulen des Landes, entschied die CDU-Staatssekretärin Dr. Hanna-Renate Laurien nach kritischer Überprüfung des bunten Produkts. Verderblich fand sie die "unwirkliche Idylle in der Darstellung der DDR", die jede "Verwendung als Wandschmuck" in den Schulen ausschließen. Auch der innerdeutsche Ausschuß des Bundestages wird sich noch mit dem Kalender befassen müssen.

Viel Lärm um (fast) nichts. Es ist die Frage, inwieweit ein Kalender überhaupt den Unterricht in den Schulen zu unterstützen vermag. Das gilt für jedes Fach und insbesondere für einen so diffizilen Stoff wie die DDR. Mehr als eine gewisse illustrierende Hilfe, ein optisches Stimulans, wird man sich sinnvollerweise nicht davon versprechen. Und diese Funktion erfüllt der zur Debatte stehende Kalender, den man in Rheinland-Pfalz indessen auch "als Wandschmuck" ausdrücklich für ungeeignet hält, durchaus.

Daß sein knapper Textteil eine wissenschaftliche Analyse oder ein Handbuch der DDR abgeben soll, das verlangt ja wohl auch die Union nicht; etwas anderes als Impressionen und Stichworte wird in einem solchen Druckwerk niemand suchen. Und die Bilder? Die haben eben Kalendercharakter, was will man! Ein Almanach des Schreckens ist es sicher nicht, was da plakativ die zwölf Monate begleitet. Aber ist "Deutsche Vergangenheit: Plastiken von J. S. Bach, Friedrich dem Großen, J. W. Goethe" Propaganda für die SED? Gehören Dresdner Zwinger, "Kleinstadt- und Dorfleben in Brandenburg und Mecklenburg" nicht auch zu Deutschland und sogar zum "Phänomen" DDR? Was heißt in diesem Zusammenhang Idylle? Wenn es sie irgendwo gibt, so auch in der DDR. Ausdruck des Kommunismus ist das sicher nicht. Aber auch Militarismus, Aufwertsche, "Organisierte Jugend", Diskrepanz zwischen gefeierter Aktivität im Betrieb und Einkaufstaschentragerin auf eher trister Straße erscheinen in Foto und Text und gehören mit zum Bild der DDR.

DDR-Offizielle werden das, was hierzulande als "Idylle" belächelt oder gar wie in Rheinland-Pfalz von der CDU als politisch jugendgefährdend geächtet wird, durchaus nicht als Werbung für die Aktivität ihres Systems begreifen. Sie werden ganz im Gegenteil darin einen reaktionären Angriff auf ihre Welt erblicken.

Vielleicht merkt die Union noch, daß sie mit ihrer Kritik an dem Kalender auch die von ihr selbst in Anspruch genommene Position in Frage stellt: Wenn das Ensemble der Bilder überhaupt einen politischen Widerspruch hervorruft, dann den, daß Deutschland doch noch eine Realität ist.

Claus Preller
(-/7.1.1976/wl/e/pr)

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Adenauer, die deutsche Frage und das Ost-West-Verhältnis (III)

Das späte Eingeständnis, auch die Politik der Sowjets sei von Furcht geprägt gewesen, blieb bei Adenauer aber die Ausnahme. Prägender - bis heute - war für die CDU seine Schwarz-Weiß-Malerei, bei der er sich nicht scheute, den Nationalsozialismus im Vergleich zum Bolschewismus zu relativieren und damit für simple Gemüter oder für ein Alibi suchende, weil vor 1945 kompromittierte Deutsche, zu verharmlosen. Auf dem 1. Bundesparteitag der CDU in Goslar sagte er, "daß der Druck, den der Nationalsozialismus durch Gestapo, durch Konzentrationslager, durch Verurteilungen ausgeübt hat, mäßig war gegenüber dem, was jetzt in der Ostzone geschieht" (Reden, S. 186). Und am 1. März 1952 erklärte er in einer Wahlkampfreden in Heidelberg: "Die Sowjetunion ist ein ... viel totalitärerer Staat, als es das nationalsozialistische Deutschland gewesen ist" (Bulletin, Nr. 26/1952).

Trotz alledem war Adenauer Realist genug, mit der Sowjetunion im Jahr 1955 diplomatische Beziehungen zu vereinbaren. Hätte er sich damals von Normen leiten lassen, die von der CDU/CSU später gegen die Ostverträge der Regierung Brandt/Scheel ins Feld geführt wurden, hätte er die in Moskau getroffenen Vereinbarungen nach seiner Rückkehr in Bonn gleich wieder annullieren müssen. Denn Adenauers an die Sowjetregierung gerichteter Brief, worin er erklärte, die Aufnahme diplomatischer Beziehungen stelle "keine Anerkennung des derzeitigen territorialen Besitzstandes dar", wurde zwar von der Sowjetregierung in Empfang genommen, inhaltlich aber in einer öffentlichen Erklärung abgelehnt; außerdem schloß die Sowjetunion am 20. September 1955, noch nicht eine Woche nach Adenauers Abreise aus Moskau, einen Vertrag mit der DDR, worin sie diese für einen "souveränen Staat" erklärte (vgl. die vom Bundespresseamt herausgegebene Zeittafel 1949-1969, S. 63).

Würde umgekehrt die heutige CDU/CSU sich konsequent nach Adenauer richten, dürfte sie nicht Erklärungen abgeben wie ihr Bundestagsfraktionsvorsitzender Prof. Dr. Karl Carstens das Anfang Dezember 1975 in einem Interview mit der Deutschen Welle zu den Schmidt-Gierekschen Vereinbarungen getan hat: "Wir müssen konsequenterweise neue Verhandlungen über den gesamten Komplex fordern" (vgl. Pressedienst der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 2. Dezember 1975), sondern sich Adenauers Worte in der Sitzung des Bundesparteiausschusses der CDU am 14. Juni 1952 zur EVG zu Gemüte führen: "Nachdem die Verträge unterschrieben sind, gibt es keine Verhandlungen mehr. Wenn jedes Land wieder anfangen würde zu verhandeln, jeder Außenminister käme mit neuen Vorschlägen - ja, dann wäre nach zehn Jahren noch keine Übereinstimmung erzielt" (Reden, S. 251). Und wem noch die christdemokratische Enttötung über die Umerzung zwischen dem NRW-Ministerpräsidenten Heinz Kühn und dem KPdSU-Generalsekretär Leonid Breschnew im Mai 1973 in den Ohren

klings, der sei daran erinnert, daß aller Antikommunismus Adenauer nicht daran hinderte, sich 1958 beim Besuch des stellvertretenden sowjetischen Ministerpräsidenten Mikojan in Bonn mit diesem Arm in Arm fotografieren zu lassen (vgl. "Die Welt" vom 15.11.1975).

Als die Westintegration so gut wie abgeschlossen war und der Kalte Krieg in Europa durch Chruschtschows Berlin-Ultimatum einen letzten Höhepunkt und damit - ähnlich wie in der Cuba-Krise etwas später - einen Wendepunkt erreichte, traten Spannungen zwischen der Bundesrepublik und Frankreich auf der einen sowie Großbritannien und den USA auf der anderen Seite zutage. Der französische Staatspräsident de Gaulle stärkte Adenauer nach außen den Rücken "als Gegenleistung für die deutsche finanzielle und wirtschaftspolitische Hilfe", wie der damalige britische Premierminister Harold Macmillan in seinen 1972 in deutscher Fassung erschienenen Erinnerungen schrieb. Macmillans eigener Standpunkt zu der Berlin-Krise und Chruschtschows Drohung eines Separat-Friedensvertrages mit der DDR lautete: "Wir hatten vor dem Gesetz und in aller Fairneß kein Recht, die Russen daran zu hindern, Ostdeutschland die gleiche Anerkennung zu gewähren, die wir der Bundesrepublik gewährt hatten" (S. 293).

Zu Adenauers Mißbilligung der flexiblen Haltung des konservativen Politikers Macmillan, der eine pragmatische Lösung bei Wahrung der Lebensfähigkeit West-Berlins anstrebte, schreibt dieser anlässlich eines Treffens im November 1959: "Ich tadelte Adenauer wegen seiner Angriffe gegen die englische Regierung und sprach mit starkem Nachdruck. Er schien bestürzt und verärgert zu sein. Aber sein Stab, und insbesondere von Brentano, freute sich ganz offensichtlich darüber, daß hier kein Blatt vor den Mund genommen wurde" (S. 362).

Und de Gaulle, der schon bei der ersten Begegnung mit Adenauer von Deutschland "die Hinnaahme der vollendeten Tatsachen bezüglich seiner Grenzen, eine Haltung des guten Willens in seinen Beziehungen zum Osten, vollständigen Verzicht auf Atomrüstung, standfeste Langmut in der Frage der Wiedervereinigung" gefordert hatte (de Gaulle, "Memoiren der Hoffnung", S. 220), erklärte nach dem Zeugnis des britischen Premierministers im März 1959, "daß man keinen Atomkrieg in Europa führen könnte wegen der Frage, wer den Paß unterzeichnet, den man braucht, um über die Autobahn oder per Eisenbahn nach West-Berlin zu fahren - ein Feldwebel der UdSSR oder ein Feldwebel der DDR ... daß eine Wiedervereinigung ohne Krieg unmöglich sei, und daß Frankreich und Großbritannien einen derartigen Krieg nicht führen könnten. Aber der 'Gedanke' der Wiedervereinigung sollte am Leben erhalten werden, um dem deutschen Volk einigen Trost zu spenden ... Unterdessen solle es zwischen den beiden Teilen Deutschlands praktische Zusammenarbeit in Wirtschaft, Versorgung und Kultur geben" (Macmillan, S. 325).

Der indische Ministerpräsident Nehru berichtete übrigens Macmillan im September 1961, der sowjetische Ministerpräsident Chruschtschow habe ihm gesagt, "daß Frankreichs Präsident de Gaulle ihm (Chruschtschow) erklärt habe, er sei durchaus ein Gegner der Wiedervereinigung" (Macmillan, S. 403). Einerlei, ob Macmillans Mitteilungen zutreffen oder nicht, feststeht, daß de Gaulle schon bei seinem Amtsantritt der festen Meinung war, es sei "ungerecht und gefährlich, die tatsächlichen Grenzen ändern zu wollen, die der Krieg ihm (Deutschland) aufzwang. Das heißt, die Oder-Neiße-Linie, die es von Polen trennt, ist seine endgültige Grenze, von den einstigen Ansprüchen gegen die Tschechoslowakei kann nichts mehr fortbestehen..." (de Gaulle, S. 217).

(Fortsetzung folgt am 8. Januar 1976)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller